

## KOMMENTAR

# Ende gut, alles gut?

Wir befinden uns in einem Superwahljahr, welches im September seinen Höhepunkt finden wird. Keiner von uns weiß, wie die Bundes- und Landtagswahl ausgehen wird. Welche Partei wird Stimmen gewinnen? Welche Partei wird Stimmen verlieren? Wie wird die zukünftige Regierung aussehen? Was wird aus den Wahlprogrammen in das Regierungsprogramm übernommen werden? Und was davon wird welche Auswirkungen auf die Polizei und ihre Beschäftigten haben? Und so halten sich bei so manchen von uns die Hoffnung auf Verbesserung und die Befürchtung einer Verschlechterung mehr oder minder die Waage.

## Mehr Fragen als Antworten – was man hat, das hat man?

Aber was hat das alles mit dem Hier und Jetzt zu tun? Ganz einfach. So manches Gesetz, Verordnung, Lastenheft oder Dienstvereinbarung soll in diesen Tagen noch schnell mitbestimmt, verabschiedet oder in Kraft gesetzt werden, bevor die Legislatur endet. Und obwohl man in fünf Jahren Landesregierung oder Innenministerium doch so einiges an Zeit hatte, um mit den Gewerkschaften und Interessenvertretungen gemeinsame Lösungen zu finden, scheint jetzt alles ganz schnell gehen zu müssen. Wesentliche und lange bekannte Forderungen sind auf einmal nicht mehr in den Entwürfen zu finden. Fristen bei Gesetzesanhörungen werden zulasten der Gewerkschaften verkürzt.

Mitbestimmungsanträge sollen nicht lange vom Dienststellenleiter/-in erklärt, sondern in Sondersitzungen der Personalräte

durchgepeitscht und ihnen dann schnell zugestimmt werden. Und wem das nicht partnerschaftlich genug ist, bei dem werden die moralischen Daumenschrauben angezogen. Motto: „Naja, wir wissen auch, dass das etwas schnell und nicht ganz das ist, was Sie wollten. Aber mehr geht nicht und da ist ja auch viel Gutes dabei. Aber wenn Sie das nicht wollen, dann wird bis zum September gar nichts kommen. Und dann müssen Sie das Ihren Kolleginnen und Kollegen draußen erklären.“

## Corona nicht als Ausrede gebrauchen!

Dass man bei Pandemien schnell auch unpopuläre Entscheidungen treffen muss, ist jedem klar. Aber die letzten fünf Jahre waren nicht nur Corona! Und auch die jetzigen Entscheidungen haben oft – wenn überhaupt – nur am Rande mit Corona zu tun. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass Politik und Arbeitgeber mehr auf Ge-

werkschaften und Personalräte zugehen wollten. Führung sollte nicht von oben herab entscheiden, sondern wollte Anregungen der Interessenvertretungen ernst nehmen und in Entscheidungen berücksichtigen. Viel scheint von diesen hohen Ansprüchen leider nicht übrig geblieben zu sein.

Als GdP investieren wir in unsere Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sehr viel Energie, Expertise und Kraft, um die Interessen der Polizeibeschäftigten gut begründet einzubringen. Und ja, es ist nicht immer angenehm, wenn wir den Finger in die Wunde legen. Aber wenn von mehreren Seiten aus Stellungnahmen der GdP nur redaktionelle Anregungen übernommen werden, dann ist das mehr als bitter. Das ist Verordnen statt Beteiligung!

## Wir sind kein Abnickverein!

Um es daher deutlich zu sagen: Wir werden NICHT allem zustimmen! Wir werden NICHT den kleinsten gemeinsamen Nenner beim Gesetzesentwurf bejubeln! Wir werden stattdessen klar und deutlich sagen, welche von uns vorgeschlagenen Verbesserungen NICHT gewollt waren. Und wir werden dabei auch KEINE Namen verschweigen.

Gewerkschaften und Personalräte sind nämlich NICHT erpressbar! ■



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

**DP – Deutsche Polizei**  
Mecklenburg-Vorpommern

**Geschäftsstelle**  
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin  
Telefon (0385) 208418-10  
Telefax (0385) 208418-11  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)  
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die  
Landesgeschäftsstelle (s. links)



Foto: GdP MV (Z)

## CORONA ALS DIENSTUNFALL

# Anerkennung in MV für Polizisten zukünftig einfacher

„Polizeibeschäftigte, die aufgrund ihrer Tätigkeit keinen ausreichenden Abstand zu anderen Menschen halten können, dürfen mit dem Risiko einer Infektion und den daraus entstehenden Folgewirkungen nicht alleingelassen werden. Vor diesem Hintergrund ist diese Regelung ein wichtiger Schritt“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, zu dem Erlass der Staatskanzlei, mit welchem die Landesregierung künftig das Verfahren zur Anerkennung eines Dienstunfalls infolge einer COVID-19-Erkrankung erleichtern will.

## Abgesenkte Regelungen für die Beweislast

In diesem Erlass (folge dem QR-Code) sind die Regelungen für die Beweislast, dass die Dienstaufübung ursächlich für die Erkrankung ist, abgesenkt. Die COVID-19-Infektion muss demnach im Dienst oder infolge eines intensiven Dienstkontaktes mit einer infektiösen Person stattgefunden haben. Die Intensität des Kontaktes bemisst sich dabei nach Dauer und örtlicher Nähe. Lässt sich kein intensiver Kontakt zu einer infektiösen Person feststellen, kann es im Einzelfall auch ausreichen, wenn es im unmittelbaren Dienstumfeld der betrof-

fenen Beamtin oder des betroffenen Beamten nachweislich eine größere Anzahl von infektiösen Personen gegeben hat.

Die GdP empfiehlt daher allen Kolleginnen und Kollegen bei einem Infektionsfall, der möglicherweise mit der Ausübung der dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang steht, einen Antrag auf Anerkennung als Dienstunfall zu stellen. Bei der Anerkennung als Dienstunfall können insbesondere umfassende Aufzeichnungen der beruflichen und privaten Kontakte helfen, um gegebenenfalls rekonstruieren zu können, wann, wo und durch wen es zur Infektion kam. „Die Regelung ist eine gute Regelung

für Mecklenburg-Vorpommern. Polizeibeschäftigte können sich in ihren täglichen Einsätzen nicht immer sicher vor Ansteckungen schützen. Ich hoffe, dass meine Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich die innere Ordnung auch in anderen Bundesländern aufrechterhalten und nicht einfach so zu Hause bleiben oder im Homeoffice arbeiten können, schnell ähnliche Regelungen erhalten“, so Schumacher abschließend. ■



zum Erlass (pdf. Dokument)

## ÄNDERUNGSANTRAG DER SPD- UND CDU-FRAKTION ZUM BESOLDUNGSNEUREGELUNGSGESETZ

# Koalitionäre der SPD und der CDU danken älteren Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst für unser Land mit einem Schlag ins Gesicht

„Wie einige CDU- und SPD-Abgeordnete im Landtag Mecklenburg-Vorpommern den Dienst eines Polizisten vor 1990 sehen, ist ein Schlag in das Gesicht eines jeden Polizisten der seinen Dienst in der DDR verrichtete und mithalf, Ordnung und Sicherheit in den schwierigen Jahren nach der Wende zu gewährleisten“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf den jüngsten Änderungsantrag (17. März 2021 Anm. der Redaktion) der SPD- und CDU-Fraktion zum Besoldungsneuregelungsgesetz.

## Fehlinterpretation Anfang der 90er-Jahre

In einem Gesetzentwurf der Staatskanzlei (!!)

war eine Änderung beabsichtigt, durch die

Ruheständler und noch aktive Beamtinnen und Beamte aus Mecklenburg-Vorpommern endlich mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen ostdeutschen Bundesländern gleichgestellt werden sollten. 30-jähriges Unrecht hätte damit beseitigt werden können.

Zur Erklärung: Aufgrund einer Fehlinterpretation Anfang der 90er-Jahre wurde allen Beamtinnen und Beamten, die jemals ein staatspolitisches Studium absolvierten, die Pension zum Teil erheblich, wegen sogenannter systemnaher Zeiten gekürzt. Nach



Christian Schumacher



Fotos: GdP MV (2)

Manfred Seegert



dem Rasenmäherprinzip wurden damit alle DDR-Polizisten über einen Kamm gezogen, egal, ob sie nun freiwillig oder unfreiwillig die jeweiligen Schulen besuchten.

Zum Treppenwitz der Geschichte und richtig makaber wird diese Willkür noch durch den Umstand, dass die dort Lehrenden, die den Schülern die Doktrin des Marxismus-Leninismus vermittelten, laut höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht systemnah waren.

„Wer jetzt zu der Erkenntnis gelangt, – die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen – dürfte damit nicht sehr weit danebenliegen“, so Christian Schumacher.

Schumacher weiter: „Wenn ein Egbert Liskow (CDU) oder ein Tilo Gundlack (SPD), die Unterzeichner eines Änderungsantrages, meinen, damit diejenigen zu treffen, die sich in höheren Funktionen befanden und maßgeblich „zum Funktionieren des Regimes beigetragen haben und in diesem Zusammenhang zu großen Teilen direkt oder indirekt an Repressionsmaßnahmen beteiligt waren ...“, dann schießen sie kilometerweit an der Realität vorbei. Stattdessen treffen sie kleine Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes, denn die höheren Chargen brauchten diese Schulen überhaupt nicht besuchen.“

Eine Doppelversorgung, wie in dem Antrag behauptet wird, geht auf eine „Ente“ in der Medien-Berichterstattung vor einigen Monaten zurück. So wie Beamte nach wie vor laut einigen wenigen Journalisten regelmäßig mehrmals im Jahr Gehaltserhöhungen bekommen, so werden sie in diesem Fall doppelt versorgt.

„Wer diesen Unsinn glaubt, hat sich nur oberflächlich mit dem sehr komplizierten Versorgungsrecht im öffentlichen Dienst beschäftigt. Tatsächlich werden Beamtinnen und Beamte in MV gegenüber ihren westdeutschen Kollegen deutlich schlechter gestellt. Im konkreten Fall werden ihnen wegen einer Sache zusätzlich auch noch die Bezüge gekürzt, die bei Rentnern überhaupt keine Rolle spielen. Wo hier die Doppelversorgung sein soll, erschließt sich mir nicht. Ich erwarte jetzt, dass die Ministerpräsidentin, aus deren Hause dieser Gesetzentwurf stammt, in das Verfahren eingreift und den Gesetzentwurf vom Kopf wieder auf die Füße stellt“, so Christian Schumacher.

## Koalitionäre erweisen der Polizei einen Bärendienst

Einzelne Abgeordnete der CDU- und der SPD-Landtagsfraktion MV, namentlich insbesondere die Abgeordneten Egbert Liskow (CDU) aus Greifswald und der Wismarer SPD-Abgeordnete Tilo Gundlack erweisen vielen Polizistinnen und Polizisten aus MV einen Bärendienst, in dem sie einen Änderungsantrag zu einem Gesetzentwurf der Staatskanzlei auf den Weg bringen, mit dem jahrzehntelanges Unrecht nach der Wiedervereinigung endlich beseitigt werden sollte.

## ... mit welcher Kaltschnäuzigkeit hier Polizistinnen und Polizisten ohne nähere Sachkenntnis abgeurteilt werden ...

In ihrem Änderungsantrag unterstellen sie allen Polizistinnen und Polizisten, die zu DDR-Zeiten häufig gezwungen wurden, staatspolitische Bildungseinrichtungen zu besuchen, dass diese „... zum Funktionieren des Regimes beigetragen haben und in diesem Zusammenhang zu großen Teilen direkt oder indirekt an Repressionsmaßnahmen beteiligt waren ...“, so Egbert Liskow in einer Presseerklärung.

„Ich bin entsetzt, mit welcher Kaltschnäuzigkeit hier Polizistinnen und Polizisten ohne nähere Sachkenntnis abgeurteilt werden, die nach der Wende viele Jahre die Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleistet haben oder es heute noch tun. Insbesondere von der CDU, die sich ja selbst immer wieder gerne als Partei der inneren Sicherheit darstellt und seit vielen Jahren den Innenminister stellt, hätte ich eine andere Sichtweise erwartet. Statt die Gewerkschaft der Polizei einzubeziehen, die ihre Unterstützung mehrfach angeboten hatte, wird auf „Enten“ einzelner Medienvertreter vertraut. Jetzt ist mir auch klar, warum ich wochenlang auf einen Gesprächstermin mit dem Abgeordneten Liskow warten musste“, so Manfred Seegert, Landesseniorenvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei MV.

Eine Besserstellung von DDR-Polizisten ist schlicht und ergreifend Unsinn und an den Haaren herbeigezogen. Richtig ist viel

mehr, dass der Besuch dieser Schulen bei Rentnern keine Rolle spielt, ihre Renten nicht gekürzt werden wie bei Pensionären in MV und dass diese immer noch deutlich schlechter gestellt sind als ihre Kollegen wenige Kilometer westlich.

Übrigens ist diese Ungerechtigkeit in den anderen ostdeutschen Ländern bereits Geschichte. „Ich erwarte jetzt eine Richtigstellung aus der Staatskanzlei“, so Manfred Seegert weiter.

## Erneute Falschmeldung des Norddeutschen Rundfunks (NDR)

Erneut erweckte der NDR MV gestern (17. März 2021 Anm. der Redaktion) den Eindruck, dass mit einem geplanten Gesetzentwurf aus der Staatskanzlei ehemalige „DDR-Staatsdiener“ bessergestellt werden sollen. Das ist einfach nur falsch!

## ... weniger Fakten, mehr Emotionen ...

Vielmehr sollte ein 30 Jahre währendes Unrecht beseitigt werden, wie übrigens zuvor in drei anderen ostdeutschen Bundesländern. Aber den NDR schienen weniger die Fakten als die Emotionen zu interessieren.

„In der Vergangenheit war es üblich, derart sensible Themen gründlich zu recherchieren. Gerne hätten wir als Gewerkschaft der Polizei mit Sach- und Fachverstand unterstützt. Das Versorgungsrecht des öffentlichen Dienstes ist kein Rechtsbereich, auf den man eben mal einen Blick wirft und dann hat man es verstanden. Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Polizistinnen und Polizisten, die nach der Wende unter den widrigsten Bedingungen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geschützt haben, werden mit wenigen Worten verteufelt. Objektive Berichterstattung stelle ich mir anders vor“, so der Vorsitzende der Landesseniorengruppe Manfred Seegert.

Nach Auffassung der GdP MV ist es ein Treppenwitz der Geschichte, dass an staatspolitischen Bildungseinrichtungen Lehrende nicht systemnah waren, aber der Streifenpolizist heute immer noch verteufelt wird. ■



## Erfolgreicher Rechtsschutz der GdP auch bei OWi-Sachen beim Landesdatenschutzbeauftragten

Schwerin. Der GdP-Rechtsschutz ist und bleibt einer der wichtigsten (neben vielen anderen) Leistungen, auf die unsere Mitglieder einen verbrieften Anspruch haben. Und das sowohl in schweren strafrechtlichen und beamtenrechtlichen Angelegenheiten, aber auch in eher einfacheren und nicht so schwerwiegenden OWi-Sachen, beispielsweise beim Landesdatenschutzbeauftragten.

Gerade in den zurückliegenden Monaten mussten wir leider feststellen, dass zahlreiche Verfahren wegen (angeblicher) unberechtigte Datenabfrage im EVA-System eingeleitet worden sind. Ein solcher Verdacht zieht dann die Einleitung eines Disziplinarverfahrens und eines OWi-Verfahrens beim Landesdatenschutzbeauftragten nach sich. Die Gewerkschaft der Polizei wünscht sich an dieser Stelle, dass die Disziplinarvorgesetzten künftig nicht bei einem vagen Verdacht sofort die genannte Maßnahme ergreifen, sondern sorgfältig den Einzelfall prüfen. Wäre das in jedem Fall erfolgt, könnte ich nämlich jetzt nicht über einen erfolgreichen Rechtsschutzfall berichten. In einem aktuellen Beispiel bat uns ein Mitglied um Hilfe, um das gegen ihn laufende OWi-Verfahren

abzuwehren. Nach Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes folgte dann erfreulicherweise zeitnah die Einstellung, da kein bußgeldbewährtes Verhalten vorgelegen hatte. Auch wenn unberechtigte Datenabfragen in EVA – oder in anderen polizeilichen Informationssystemen selbstverständlich zu unterbleiben haben, kommt es doch immer auf die Betrachtung und Bewertung des Einzelfalles an. Und dieser sollte genau betrachtet werden. Sind die Verfahren nämlich erst einmal eingeleitet, droht unseren Mitarbeitern weiteres Ungemach. Nichtberücksichtigung bei Beförderungsauswahlverfahren, bei Stellenbesetzungsverfahren und Aufstiegsverfahren möchte ich hier nur beispielhaft nennen. All das gilt es zu vermeiden. Recht haben und Recht bekommen sind in unserer

### Rentenbeginn

„Ein Abschied schmerzt immer, auch wenn man sich schon lange darauf freut.“ (Arthur Schnitzler)

Liebe Doris,  
wir danken dir für deine Arbeit und wünschen dir für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Deine GdP Mecklenburg-Vorpommern



Machs gut, Doris

Foto: GdP Rostock

Gesellschaft, wie das Sprichwort so schön beschreibt, zwei Paar verschiedene Schuhe.

Gut zu wissen, dass sich unsere GdP-Mitglieder auf die Rechtsschutzzusage jederzeit und völlig unkompliziert verlassen und auf kompetente Rechtsanwälte und Disziplinarverteidiger zurückgreifen können.

Bei Rückfragen steht euch Kollege Jörn Liebig, Tel.: (0385) 5882994 oder (0176) 80337174, zur Verfügung.

**Jörn Liebig,**  
**Mitglied des Landesvorstandes und**  
**Verantwortlicher für Rechtsschutz-**  
**angelegenheiten**

#### Tag der Arbeit

### Livestream zum Tag der Arbeit: Solidarität ist Zukunft

Am 1. Mai 2021 ab 14 Uhr

Der Tag der Arbeit steht auch 2021 im Zeichen der Corona-Pandemie. Neben Aktionen vor Ort wird der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wie im vergangenen Jahr wieder einen Livestream zum 1. Mai senden. Denn eines ist in diesen Zeiten wichtiger denn je: Zeigen, dass die Gewerkschaften für die Menschen in diesem Land aktiv sind. Hashtag zum 1. Mai 2021: #SolidaritätIstZukunft

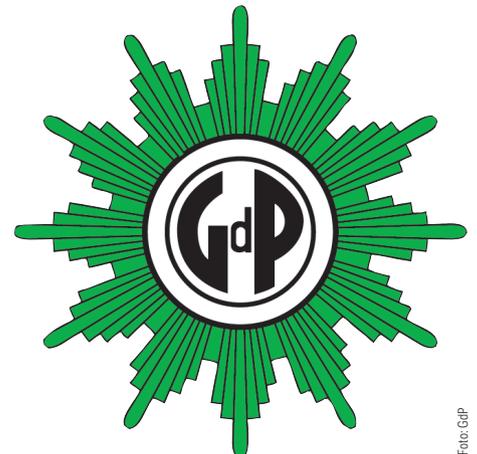


Foto: GdP



# GdP erstmals in Personalvertretung des Innenministeriums mit eigener Fraktion vertreten

Im März 2021 standen im Ministerium für Inneres und Europa die Wahlen des örtlichen Personalrats „Ministerium-Haus“ sowie des für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums zuständigen Hauptpersonalrats an. Die aktuellen Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie brachten die Neuerung mit sich, dass ausschließlich Briefwahlen angeordnet waren, was sich allerdings auf die Wahlbeteiligung von durchschnittlich circa 70 Prozent nicht negativ auswirkte. Aber viel entscheidender war eine ganz andere Neuerung bei den diesjährigen Wahlen.

Erstmals trat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit jeweils einer eigenen Liste zu den Wahlen der beiden Interessenvertretungen an. „Es waren außergewöhnliche Personalratswahlen mit einem für die GdP sehr erfreulichem Ergebnis“, hält der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher fest.

Denn nach einem Auszählungsmarathon konnte festgestellt werden, dass die GdP auf Anhieb zwei der insgesamt sechs Sitze in der Gruppe der Beamten im örtlichen Personalrat und einen der vier Sitze in der Gruppe der Beamten im Hauptpersonalrat erringen konnte.

Mit diesem überzeugenden Wahlergebnis im Rücken werden sich von nun an unsere langjährigen GdP-Mitglieder Solveig Rosenberg (ÖPR) und Michael Teich (ÖPR und



Foto: GdP MV

Ein toller Erfolg und eine Bestätigung für die hervorragende Arbeit. Solveig Rosenberg und Michael Teich

HPR) insbesondere für die Interessen der im Innenministerium und an der Fachhochschule in Güstrow tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei einsetzen. Damit wird die erfolgreiche Arbeit des Hauptpersonalrats der Polizei, in dem die GdP die stärkste Fraktion stellt, um starke zwei Stimmen in der Personalvertretung des Innenministeriums ergänzt.

Die GdP bedankt sich auch bei allen Mitgliedern, die sich auf Listen der GdP zur Wahl gestellt haben und damit das Ergebnis erst ermöglicht haben. Wir wünschen den neuen Personalratsmitgliedern eine glückliche Hand und den erforderlichen langen Atem für die Arbeit und die Entscheidungen in der Interessenvertretung.



## Im Gespräch bleiben

Am 17. März 2021 hat sich die GdP mit dem CDU-Landesvorsitzenden Michael Sack zu einer Videokonferenz getroffen. Für die GdP war unser Landesvorsitzender Christian Schumacher sowie die GLV-Mitglieder Kristin, Michael, Fabian, Ute und Marco anwesend. Der CDU-Landesvorsitzende Michael Sack wurde von Torsten Renz begleitet. Themen des Gesprächs waren:

- die aktuelle Situation der Landespolizei
- als auch die Personalsituation in S und K sowie
- die zukünftige strategische Ausrichtung der Polizei.

Dabei kamen viele weitere Themen wie Cybercrime oder Ausstattungprobleme in den Blick. Aber auch Homeoffice und Corona hatten ihren Platz.

Wir haben Michael Sack und Torsten Renz nicht nur einiges mit auf den Weg gegeben. Von beiden Seiten wurde das Gespräch als Auftakt gesehen und es gibt den festen Willen, im Dialog zu bleiben.



FRAUENGRUPPE DER GDP MECKLENBURG-VORPOMMERN

## Internationaler Frauentag – Warum der 8. März nicht ein Feiertag wie viele andere ist



Seit über Hundert Jahren steht der Internationale Frauentag für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Auch die GdP ruft jedes Jahr am 8. März zu Aktionen auf, mit denen auf die ungleiche Behandlung von Frauen und Männern aufmerksam gemacht wird.

Doch dieser Tag ist mehr als eine Ode an die Frau, sondern steht mittlerweile für weit mehr. Themen wie Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, aber auch mehr Lohngerechtigkeit und Frauenrechte sollten keine Streikthemen mehr bleiben, sondern zur Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft werden.

### Woher stammt der Frauentag?

Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin (1857–1933) schlug auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentages vor, ohne jedoch ein bestimmtes Datum zu bevorzugen. Vor 110 Jahren feierten zum ersten Mal Millionen Frauen in Deutschland, Österreich, Dänemark, Ungarn und in den USA den Weltfrauentag. Aber erst im Jahr 1977 erklärte die UNO den 8. März zum Internationalen Frauentag. In Berlin ist der 8. März seit 2019 ein gesetzlicher Feiertag.

### Ein Resümee vom Online-Frauentag in Pandemiezeiten

Frauen arbeiten in systemrelevanten Berufen. Sie übernehmen den überwiegenden Teil der Haus- und Familienarbeit und reduzieren dafür ihre Arbeitszeit.

Die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit von Frauen ist im Zuge der Corona-Pandemie stärker gesunken als die von Männern. Dadurch hat sich die schon vorher bestehende Lücke noch weiter vergrößert. Das zeigt die jüngste Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung vom vergangenen November.

### Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die größte Herausforderung für Polizistinnen.

„Präsenzzeiten im Dienst mit der Problematik und der Suche nach einer adäquaten Kinderbetreuung, Homeoffice in Verbindung mit Homeschooling und Kinderbetreuung – das ist nur ein kleiner Teil der Probleme, denen unsere Kolleginnen seit einem Jahr ausgesetzt sind“, erklärt Erika Schöne-Krause, Bundesfrauenvorsitzende der GdP.

„Es gilt zu verhindern, dass die Krise zu einem Rückschritt der Geschlechterrollen führt. Umso wichtiger ist es, eine starke Gewerkschaft im Rücken zu haben“, sagte Elke Gündner-Ede, Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.

In der Krise wurden die Regelungslagen durch die Gleichstellungsbeauftragten und Mitglieder der Personalräte mitgestaltet. Neben dem persönlichen Engagement Einzelner und der Kollegialität untereinander konnten persönliche Situationen weitestgehend berücksichtigt werden.

Künftig sollten alle politischen Planungen, Vorhaben und Finanzentscheidungen daraufhin geprüft werden, ob sie die Gleichstellung von Männern und Frauen vorantreiben. „Die Ziele sind klar: Eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit mit Arbeitszeiten, die Frauen und Männer im Lebensverlauf die gleichen Chancen eröffnen, erwerbstätig zu sein und Verantwortung für Familien und Hausarbeit zu übernehmen, mehr Frauen in Führungspositionen und bessere Einkommen in frauendominierten Berufen“, so die beiden Gewerkschafterinnen.

### Was bedeutet der Frauentag uns Gewerkschafter\*innen?

Der geschäftsführende Landesfrauenvorstand der GdP MV verschickt traditionell jedes Jahr zum Frauentag eine Grußkarte an alle Gewerkschafterinnen des Landesbezirks. Dies ist auch in diesem Jahr oder gerade in der Zeit der Pandemie eine besondere Art der Danksagung, Anerkennung, Aufmunterung und Motivation den Alltag zu meistern.

Aber nicht nur wir Frauen danken den Frauen. Landesweit kam es anlässlich des Internationalen Frauentages in den Dienststellen zu tollen Aktionen für die Frauen. An der Fachhochschule beispielsweise hat ein männlicher Kollege bei einer digitalen Lesung „Der Mann als einziger Feminist in der Familie“ (Quelle: TAZ) vorgetragen. Das ausgebliebene Kuchenbacken einiger Männer im LKA wurde durch persönliche Glückwünsche des Abteilungsleiters und kleine Präsen-

### Seit 2019 beherbergt die Liegenschaft des LKA Mecklenburg-Vorpommern auch ein Bienenvolk.



Um den Bienen ein artgerechteres Leben zu ermöglichen, werden bei allen Pflanzungen, die künftig durch Baumaßnahmen erforderlich sind, bienenfreundliche Arten berücksichtigt. Zusätzlich werden seitdem auch bei anderen Anlässen, wie Jubiläen, Verabschiedungen oder einfach zur bienenfreundlichen Entwicklung der Liegenschaft nektarreiche Gewächse in den Boden gebracht.



te der Kollegen wettgemacht. In Neubrandenburg ehrten die Herren der Schöpfung „ihre Damen“ mit Seifen und Badekugeln und es gab ein ganz persönliches Schreiben mit einer kleinen Süßigkeit. Auch wenn die Ideen und deren Umsetzungen überall verschieden waren, bleibt eine Sache gleich: Und das ist die Freude der Frauen. Das Gefühl der Wert-

schätzung. Für uns Frauen ist dieser Tag mehr als nur ein „Feiertag“.

### Doch wer dankt den Männern?

Nachdem die Resonanz der Frauentagsaktionen so positiv ausgefallen ist, gilt der Dank

den Männern. Dank dafür, dass sie ihre Kolleginnen schätzen, unterstützen und wertschätzen, nicht nur am Frauentag, sondern auch die restlichen 364 Tage des Jahres. Der im Mai gefeierte Herrentag, auch bekannt als Vatertag soll auch uns Anlass sei, den Männern zu gratulieren und ebenfalls die Wertschätzung auszusprechen, die sie verdienen. ■

## KREISGRUPPE LANDESKRIMINALAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN

# „Einen alten Baum verpflanzt man nicht ... aber ein neuer kann wachsen“

Am 24. März 2021 ließen es sich Olaf Hentzschs Kollegen aus dem Dezernat 61 „Polizeiliche Prävention“ des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern nicht nehmen, ihn im Rahmen der coronabedingten Möglichkeiten gebührend zu verabschieden.

Nach 29 Jahren im Dienst der Landespolizei, davon durchgängig im Landeskriminalamt, und zuletzt fünf Jahren als stellvertretender Leiter des Dezernats 61 hinterlässt Olaf viele bleibende Spuren. Als Personalrats- und Kreisgruppenvorsitzender der GdP hat er sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und war mit seiner unaufgeregten Art so manches Mal der erforderliche Ruhepol. Nicht vergessen bleiben die kleinen und großen Präsente zur Weihnachtszeit, zu runden Geburtstagen und Jubiläen. Das ist bei allen alltäglichen

positiven Begegnungen nach wie vor eine große Geste der Wertschätzung.

Einen dauerhaften Platzhalter pflanzte Olaf zum Abschied auf dem Gelände des Landeskriminalamtes. Hier wächst nun der junge Kirschbaum „Olafs fescche Kirsche“ an, der hoffentlich schon in wenigen Jahren die Bienen auf dem LKA-Gelände mit Nektar und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit frischem Obst versorgt. So können, nicht nur im übertragenden Sinne, die nachkommenden Kolleginnen und Kollegen die Früchte von Olafs Schaffen ernten.

Wir wünschen an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen, die in die Pensions- oder Rentenzeit eintreten, einen tollen Start und Gesundheit, um das wohlverdiente Arbeitsende genießen zu können und die anstehenden privaten Projekte umzusetzen. ■



Olaf Hentzsch

## GESUNDHEITSRISIKO

# Schichtarbeiter bekommen leichter Asthma

Schichtarbeit schadet der Gesundheit. Wie Forscher jetzt herausfanden, bergen vor allem Nachtschichten das Risiko, an mittelschwerem bis schwerem Asthma zu erkranken.

Schichtarbeit ist keine Quelle der Vitalität, sondern ein Risikofaktor für physische und psychische Gesundheit. Das belegen Forscher seit vielen Jahren, das erklären Ärzte und Arbeitsrechtler regelmäßig. Schichtarbeit kann zu Schlafstörungen, Depressionen, Einsamkeit aber auch zu Magen-Darm-Beschwerden und Herz-

Kreislauf-Erkrankungen führen. Doch nicht genug: Schichtarbeit – insbesondere ständige Nachtschichten – kann auch das Risiko für mittelschweres bis schweres Asthma gravierend erhöhen. Das haben jetzt Forscher von Universitäten in den USA und Großbritannien in einer gemeinsamen Studie herausgefunden.

## Weltweit über 300 Millionen Menschen mit Asthma

Asthma ist eine chronische Erkrankung, bei der die Atemwege entzündet und somit verengt sind. Die Folge sind trockener Husten, Kurzatmigkeit oder Atemnot. Weltweit sind etwa 339 Millionen Menschen an Asthma erkrankt, manche von ihnen sterben. In Deutschland betrifft Asthma etwa acht Millionen Patienten. „Die Auswirkungen unserer Ergebnisse auf die öffentliche Gesundheit sind potenziell weitreichend, da sowohl Schichtarbeit als auch Asthma in der industrialisierten Welt weitverbreitet sind“, warnen die Forscher in ihrer Studie. Etwa ein Fünftel der Beschäftigten würde in permanenten oder rotierenden Nachtschichten arbeiten.



Foto: GdPMV

### Symbolbild – Inhalator zur Behandlung von Asthma

Schichtarbeit führt dazu, dass die innere Körperuhr eines Menschen – zirkadianer Rhythmus genannt – nicht mit dem äußeren Hell-Dunkel-Zyklus Schritt hält (Maidstone R, Turner J, Vetter C, et al. University of Oxford & andere). Kurzum, die innere Uhr spielt verrückt. Das hat immense Auswirkungen auf Körper und Seele.

## Wie einflussreich ist die innere Uhr der Menschen?

Für ihre Studie wollten die Wissenschaftler herausfinden, wie einflussreich der Chronotyp, die individuelle Körperuhr, für die genetische Veranlagung zu Asthma sein könnte. Sie analysierten dafür Angaben zu Medizin, Lebensstil und Beschäftigung, die zwischen 2007 und 2010 von knapp 287.000 Teilnehmern der britischen Biobank zur Verfügung gestellt wurden.

Alle Teilnehmer waren zwischen 37 und 72 Jahre alt. Die meisten von ihnen (83 Prozent) arbeiteten zu regulären Zeiten, demgegenüber waren 17 Prozent der Studienteilnehmer im Schichtbetrieb beschäftigt. Etwa die Hälfte aller Schichtarbeiter wiederum hatte Nachtschichten in unterschiedlichem Ausmaß (nie/gelegentlich, unregelmäßig/rotierend, ständig). Insgesamt gaben zudem knapp 14.300 Teilnehmer (etwa fünf Prozent) an, an Asthma erkrankt zu sein, knapp 4.800 (zwei Prozent) zeigten mäßige bis schwerwiegende Symptome.

## Asthma-Risiko steigt durch Schichtarbeit um ein Drittel

In einem zweiten Schritt analysierten die Forscher die Auswirkungen von Büro- und Schichtarbeit auf die Asthma-Diagnose, die Lungenfunktion und die Asthma-Symptome. Dafür untersuchten sie die Daten der Teilnehmer auf Risikofaktoren und Diagnosen. Das Ergebnis: Unter Berücksichtigung von

Alter und Geschlecht sowie anderer potenziell einflussreicher Risikofaktoren stieg die Wahrscheinlichkeit für mäßiges bis schweres Asthma bei Nachtschichtarbeitern um über ein Drittel (36 Prozent) im Vergleich zu Angestellten mit normalen Bürozeiten.

## Je mehr Nachtschichten, desto höheres Risiko

Zusätzlich stieg das Risiko für Asthma mit der Anzahl der Nachtschichten. Die Forscher analysierten bei rotierenden Nachtschichten ein bis zu 18 Prozent höheres Risiko gegenüber seltenen Nachtschichten. Mitarbeiter mit permanenten Nachtschichten haben sogar ein 20 Prozent höheres Risiko als Angestellte, die nur gelegentlich in Nachtschichten arbeiten.

## Kein Einfluss der Gene

Dabei, auch das haben die Wissenschaftler herausgefunden, spielt die genetische Vorbelastung keine Rolle bei der Entwicklung von Asthma durch Schichtarbeit. Weil es sich um eine Beobachtungsstudie handelt, konnte die Ursache allerdings nicht direkt festgestellt werden. „Es ist jedoch plausibel, dass eine zirkadiane Verlagerung zur Entwicklung von Asthma führt“, erklärten sie.

## Nachtschichten für ältere Menschen schwieriger

Allerdings sind innere Uhr und der Biorhythmus nicht komplett in Stein gemeißelt. Zwar gibt es eine grundsätzliche genetische Veranlagung zum Frühaufsteher (Lerche) oder Nachtschwärmer (Eule). Doch mit dem Alter kann es zu einer Verschiebung des Biorhythmus kommen. „Interessanterweise verändert sich der Chronotyp mit dem Alter“, heißt es in der Studie. „Das erklärt, dass es für ältere Personen schwieriger ist, sich an Nachtschichten anzupassen.“

## Schichtarbeit an Biorhythmus anpassen

Bislang gibt es keine spezifischen klinischen Richtlinien für die Behandlung von Asthma bei Schichtarbeitern. Die Forscher

fordern jedoch, über die Anpassung der Schichtarbeit an den Biorhythmus nachzudenken.

Die Anpassung von Schichtarbeitszeitplänen an den individuellen Chronotyp könnte eine lohnende Maßnahme im Bereich der öffentlichen Gesundheit sein, die es wert ist, weiter untersucht zu werden (Maidstone R, Turner J, Vetter C, et al. University of Oxford & andere).

## Chronobiologie

Die relativ junge Wissenschaft der Chronobiologie beschäftigt sich mit der Wirkweise der inneren Uhr und des Tag-Nacht-Zyklus. Der wichtigste Zeitgeber für den Biorhythmus ist das Licht. Über Rezeptoren auf unserer Netzhaut wird die Information über die Helligkeit an unser Gehirn weitergegeben.

Diese innere Uhr steuert unter anderem die Körpertemperatur, den Blutdruck und den Stoffwechsel. Sie lässt physiologische und biochemische Prozesse in Zyklen ablaufen und sorgt für die Ausschüttung des Hormons Melatonin – auch als Schlafhormon bekannt. Die Biorhythmen sind genetisch festgelegt. Chronobiologen unterscheiden in Lerchen (Frühaufsteher) und Eulen (Langschläfer).

Für ihre Entdeckung der inneren Uhr von Zellen sowie deren Folgen für molekulare Mechanismen erhielten die Wissenschaftler Jeffrey C. Hall, Michael Rosbash und Michael W. Young im Jahr 2017 den Nobelpreis für Physiologie und Medizin.

## Hilfe und Selbsthilfe bei Asthma

Hilfe und Ansprechpartner sowie Selbsthilfegruppen finden Asthmatiker auf der Webseite: <https://asthma-selbsthilfe.org>

Die Studie (QR-Code folgen) ist in der Fachzeitschrift „Thorax“ veröffentlicht worden: Maidstone R, Turner J, Vetter C, et al.: Night shift work is associated with an increased risk of asthma.

(Katrin Tominski – MDR)



Hier geht es direkt zur Studie